

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 05 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dietrich Sperling MdB,  
Parlamentarischer Staats-  
sekretär beim Bundesstätt-  
bauminister, setzt sich für  
die Stadt als Lebensstätte  
ein: Lieber Runzeln als  
Kosmetik.

Seite 1/2

Paul Neumann MdB würdigt  
den Jahresbericht des Wehr-  
beauftragten: Zustand der  
Inneren Führung verbessert.

Seite 3

Florian Gerster MdL zeigt  
die Wandlungen des Hein-  
rich Geißler auf: Ein  
"Fortschrittlicher" auf dem  
Weg nach rechts.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godasberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 812-1

35. Jahrgang / 73

16. April 1980

### Lieber Runzeln statt Kosmetik

Die Stadt kann nur als "Lebensstätte" wirklich leben

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Erhaltung und die Erneuerung unserer Städte, vor allem  
ihrer Zentren, der "Innenbereiche" ist eine öffentliche  
Aufgabe, die nach der Lösung der größten wohnungspoliti-  
schen Versorgungsprobleme in den ersten beiden Nachkriegs-  
jahrzehnten erst eine richtige öffentliche Aufgabe gewor-  
den ist.

Dies liegt daran, daß vorher andere Probleme dringlicher  
waren, das liegt auch daran, daß, nachdem Fehler gemacht  
wurden und Fehlentwicklungen eingetreten sind, die Bedeu-  
tung von Urbanität, von Stadtbildern und Stadtstrukturen  
"wiederentdeckt" wurde. Es mag sei, daß da manchmal no-  
stalgische Züge mitschwingen - unbestreitbar ist aber,  
daß die Motorisierung und ihre Folgen die Städte mit  
Asphaltbänder zerschnitten und zerstückelt haben und die  
Straßen nicht mehr Lebensraum, sondern manchmal lebens-  
gefährdende Autotransportbänder geworden sind.

Manche Formen moderner Architektur sind vielleicht be-  
triebswirtschaftlich sinnvoll, weil billig, aber eine Sum-



ne von betriebswirtschaftlichen Einzelentscheidungen ergibt nun mal keine Stadt, so wie wir sie uns vorstellen.

Die Schaffung lebenswerter Innenstädte, die Schaffung von "Urbanität", ist eine Aufgabe der Erhaltung und Erneuerung alter Städte, von historischen und gewachsenen Stadtbildern und Stadtstrukturen, der dieses Bild ausmachende Gebäude in ihrem Gefüge, ihrem "Ensemble".

Sie ist aber nicht nur eine Aufgabe der Erhaltung historischer Städte, sondern genauso eine Aufgabe in weniger alten Städten und neuen Vierteln geworden.

Gutes Wohnen und lebenswerte Innenstädte erfordern auch eine entsprechende Umgebung der Wohnung: Freie Flächen, möglichst geringe Lärmbelastung, kurze und sichere Wege zu öffentlichen Einrichtungen und zum Einkaufen; Bedingungen, die auch in vielen neuen Städten in den letzten Jahren eher schlechter geworden sind.

Demgemäß hat sich der Schwerpunkt der Wohnungs- und Städtebaupolitik verlagert: Von der Lösung der großen Wohnungsnotstädte hin zur Substanzerhaltung und Modernisierung auf der einen und zur Sanierung und Stadtgestaltung auf der anderen Seite. Das Umfeld der Wohnung darf nicht nur Verkehrsraum sein, sondern es muß seine Rolle und Bedeutung als Spielraum und Lebensraum zurückgewinnen.

Eine Stadt braucht ein unverwechselbares Antlitz, das geprägt sein muß vom Gestaltungswillen ihrer Bürger - und nicht von anonymen Kaufhausfassaden. Deshalb sind die Runzeln erhaltener und sanierter Bausubstanz im Antlitz einer Stadt charmanter als glatt verschmierte Fassadenkosmetik.

Dies soll kein Plädoyer für eine reine Stadtästhetik, für die Gestaltung einer Stadt als Freilichtmuseum für Touristen sein. Eine Stadt ist ein soziales Gebilde, das hinter den Charakter verleihenden und bestimmenden Runzeln für alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeiten zu zeitgemäßem Wohnen in einer akzeptablen finanziellen Belastung bieten muß.

Nur dann kann sie wirklich leben, kann sie wirklich "Lebensstätte" sein.

(-/ 16.4.1980/vo-he/ca)

+ + +



**Zustand der Inneren Führung verbessert**  
-----

Zur Vorlage des Jahresberichtes des Wehrbeauftragten über das Jahr 1979

Von Paul Neumann MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Der fünfte Wehrbeauftragtenbericht von Karl-Wilhelm Berkhan zeigt erneut, daß durch seine Person in das Berichtswesen über den Zustand der Inneren Führung Sachlichkeit und umfassende Begriffsklarheit Eingang gefunden hat. Berkhans Beschreibungen zum Zusammenhang zwischen sozialstaatlichen Prinzipien und grundrechtlichem Wertesystem sowie seine offenen Bemerkungen zu solch heiklen Themen wie dem Verwendungs- und Beförderungstau zeigen, daß seine Wiederwahl mit solch umfassender Mehrheit vollauf gerechtfertigt war.

Die Statistiken der jeweiligen Wehrbeauftragten können sicher als repräsentative Gesamtdarstellung des Zustandes der Inneren Führung in der Bundeswehr betrachtet werden. Betrachtet man die Ergebnisse der Tätigkeit des Wehrbeauftragten, so wird vor allem gegenüber dem Vorjahr deutlich, daß sich der Zustand der Inneren Führung sehr verbessert hat, was den wichtigsten Bereich, den Schutz der Grundrechte angeht. Waren noch 1978 allein 35 Strafverfahren zu verzeichnen, was ja auf relativ schwere Grundrechtsverletzungen hinweist, so ist 1979 kein einziges Strafverfahren aufgeführt. Auch die Zahl der disziplinargerichtlichen Verfahren hat sich von 28 im Jahr 1978 auf elf verringert; die Zahl der einfachen Disziplinarstrafen hat sich sogar von 28 auf fünf verringert. Diese Zahlen sind auch ein Indiz für die Verbesserung der Inneren Führung.

Sorgen müssen die Beschreibungen teilweise katastrophaler Unterbringungszustände bereiten. Sie sollten den Bundesverteidigungsminister bewegen, unverzüglich Schritte einzuleiten, damit solche Mißstände nicht im nächsten Bericht wiederholt werden.

(-/16.4.1980/ks/ca)

+ + +



Die Wandlung des Heinrich Geißler  
-----

Ein "Fortschrittlicher" auf dem Weg nach rechts

Von Florian Gerster MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag

Es war einmal ein Sozialminister in Rheinland-Pfalz, der hieß Heiner Geißler. Er war katholisch und konservativ, aber auch jung und einfallsreich. Und weil er im Konzert der konservativen Sozialpolitiker auffallen wollte, erfand er die "Neue Soziale Frage". Alles horchte auf. Was ist das, eine Neue Soziale Frage? Ist die alte bereits gelöst?

Da erklärte der pfiffige Heiner: Die alte soziale Frage, das war die Aufgabe der Arbeiterbewegung. Der Arbeiter ist heute ein Bürger, und die Erben der Arbeiterbewegung - die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften - haben somit keine eigentliche Aufgabe mehr.

Die Neue Soziale Frage, die können nur Politiker lösen, die nicht veraltete Dogmen im Kopf haben. Heiner sprach's, und wies fürderhin mit moralischem Zeigefinger und vorwurfsvollem Blick auf jene Gruppen unserer Gesellschaft hin, die bisher von der Politik vernachlässigt wurden: Kleinrentner, alleinlebende Frauen, kinderreiche Familien und andere mehr.

Sozialdemokraten und andere, die sich für fortschrittlich hielten, waren zutiefst verstört, daß da ein Konservativer auf bestehende Armut im Wohlfahrtsstaat hinwies. Sie brauchten Jahre, um die rechte Antwort auf diese Neue Soziale Frage zu finden. Von Anfang an beschlich sie ein Verdacht: Sollte das Ganze ein Werbetrick sein, um der CDU ein soziales Mäntelchen umzuhängen?

Für diese Annahme sprach, daß der Werbestrategie Kurt Biedenkopf mit von der Partie war, als 1975 für den Mannheimer Parteitag der CDU die Neue Soziale Frage ausgeheckt wurde. Also: Kreation politischer Schlagworte unter Marketinggesichtspunkten?

Solche bösen Unterstellungen wiesen natürlich der aufrechte Heiner und seine Mitstreiter von den Sozialausschüssen empört zurück. Sie schmückten sich geradezu mit



den Angriffen aus dem rechtskonservativen Lager, vor allem aus Bayern. Bis dann der Heiner befördert wurde: Zum Generalsekretär der CDU in Bonn.

Ebenso wie bei dem wandlungsfähigen Norbert Blüm, der vielfach an ein Chamäleon erinnert, mußte das staunende Fußvolk der Union nun von ihrem General erstaunliche Erkenntnisse vernehmen: Der gute Heiner, der sich noch vor kurzem als Anwalt der Armen stark machte, wettete nun gegen die Rentenpläne der SPD, die eine stärkere Grundversicherung gerade der Bezieher von Kleinrenten vorsehen, nämlich den Ausbau der "Rente nach Mindesteinkommen".

Vor kurzem ließ sich Geißler gar über die "nivellierende Tarifpolitik der Gewerkschaften" aus - der Autor jener lesenswerten Dokumente, in der die materielle Not von Arbeitnehmerfamilien im unteren Einkommensbereich geschildert wird.

Darüber hinaus: Die Landesregierung, der er als Sozialminister angehörte, lehnt die Einführung von Einkommensgrenzen bei sozialen Leistungen ab, so daß in diesem unserem Lande Gut- und Bestverdienende in den Genuß knapper staatlicher Mittel gelangen, während die "Schwellenangst" gerade die Ärmsten davon abhält, etwa eine Bank zu betreten, um ein Familiendarlehen zu beantragen. Vor Jahren las man es anders: Damals setzte sich der Heiner noch leidenschaftlich für die Einführung oder gar Verschärfung von Einkommensgrenzen bei Sozialleistungen des Staates ein.

Heiner, mir graut vor Dir! Wenn die angeblich "Fortschrittlichen" in der Union zu solchen Wandlungsprozessen nach rechts fähig sind, wohin wandeln sich dann gar die Rechten, wenn sie die Maske des Biedermanns fallen lassen?

Aber: Soweit wird's nicht kommen! Diejenigen, die vor über 100 Jahren angetreten sind, die "alte soziale Frage" zu lösen, dieselben werden auch mit Engagement und Tatkraft echte und vermeintliche Neue Soziale Fragen lösen. (-/16.4.1980/ks/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

